

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bolder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Paris, 31. Mai.

H. Die Conferenzen, d. h. die verschiedenen Minister der drei sogenannten unparteiischen und der andern drei Mächte, welche die streitenden oder zum Streite gerüsteten Parteien bilden, wird sich — so glaubt man — in spätestens zwei Wochen um den grünen Tisch der Diplomatie versammeln können, um zu berathen, ob eine friedliche Schlichtung der europäischen Streitigkeiten möglich sei, oder ob nur das Schwert den Knoten zerhauen könne. Je näher dieser von der friedliebenden europäischen Geschäftswelt so sehr herbeigesehnte Augenblick an uns heranrückt, und je größer die Ansprüche werden, die man zum Zwecke der Verwirklichung eines definitiven europäischen Friedens macht, desto mehr entfernt sich die Aussicht auf eine glückliche Lösung des Problems. Die auswärtigen, d. h. internationalen Conflite bieten nur eine Seite, welche von ihrer Rehrseite, den innern Volksangelegenheiten, gar nicht zu trennen ist. Und doch soll und kann sich die Conferenzen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten nur ausschließlich mit diesen letzteren befassen, da sie für die innern Angelegenheiten der Völker weder eine Vertretung noch einen Beruf hat. Aber auch abgesehen von solcher höheren Auffassung des europäischen Friedensproblems, welche doch die einzig richtige ist, aber nur von den Völkern, nicht von den Diplomaten ihrer liebenswürdigen Herrscher begriffen werden kann, sind auch schon die internationalen Wirren an und für sich der Art, daß eine selbst nur halbe und provisorische Entscheidung schwerlich anders, als durch die rohe Waffengewalt herbeigeführt werden kann. — Wenn es wahr ist, daß nur ein gut aufgestelltes Problem ein lösbares, so kann höchstens die italienische Frage conferenzlich gelöst werden; denn es ist immerhin denkbar, daß man Oesterreich für Venetien mit Provinzen der europäischen Türkei, und die Pforte mit italienischem Gelde entschädigen kann, obgleich auch diese Compensationen auf unüberwindliche Schwierigkeiten, nicht nur Seitens Oesterreichs und der Türkei, sondern auch Russlands und Englands stoßen können. Wenigstens aber weiß man doch hier, um was es sich handelt, was man zu überwinden hat, und kann sich, wie gesagt, mit dem Sprichworte trösten: ein gut aufgestelltes, ist schon ein zur Hälfte gelöstes Problem. Begnügt sich in der That Oesterreich nicht mit einer Provinz der europäischen Türkei, so vielleicht mit zwei oder drei; und kann man die Pforte nicht mit einigen Hundert Millionen befriedigen, so läßt sie sich wohl mit einer oder auch einer halben Milliarden abfinden, — wenn, wie gesagt, Andre nichts dagegen haben. — Ganz anders stehen die Dinge in Bezug auf Deutschland. Hier handelt es sich nicht um eine gut definierte Frage, sondern um mindestens vier, höchst verworrene Probleme: er-

stens streiten sich hier zwei Großmächte um die Hegemonie; zweitens wollen die Einen eine Bundesreform im centralistischen, die Andern eine im föderalistischen Sinne; drittens sind die Ersteren einerseits für eine preussische Spitze, andererseits für eine Centralmacht unter einem Volksparlament; viertens sind die Föderalisten nicht minder uneinig, da die Einen Anhänger einer den Kleinstaatslichen Interessen entsprechenden Triarchie, der sogenannten Triasidee sind, die Andern aber wiederum dabei eine republikanische Verfassung nach dem Musterbilde der Schweiz oder Americas im Auge haben. Dazu kommen noch Grenzstreitigkeiten mit Italien und andern slavischen oder romanischen und skandinavischen Völkern, so wie die sociale Frage, welche den Kernpunkt aller heutigen politischen und nationalen Probleme bildet. Und diese größte und furchtbarste europäische Frage glaubt man lösen zu können durch das magere Programm: „Schleswig-Holstein an Preußen mit Ausnahme Nordschleswigs“, und „deutsche Bundesreform, sofern sie eine europäische Angelegenheit ist.“ Wird man auch nur darüber sich verständigen können, wo die inneren Angelegenheiten Deutschlands aufhören und die europäischen anfangen? — Gewiß nicht! Schon an dieser Vorfrage werden die Herren Diplomaten scheitern. Und nun gar die Hegemonieansprüche Hohenzollerns und Habsburgs, die reactionären Tendenzen beider, welche sich der Parlamentsfrage nur aus ähnlichen Gründen, wie ehemals der schleswig-holsteinischen, bemächtigen wollen, die kleinstaatlichen Existenzfragen mit der obligaten Trias- und Rheinstaatsidee! — Die französische Regierung will nämlich von ihrem neuesten Lieblingspläne eines besonders zu gründenden Rheinstaates, als Surrogat der „natürlichen Grenzen“, von welchen man deshalb vorläufig Abstand genommen hat, unter keinen Umständen ablassen; sie läßt in dieser Woche ihre officiellen Organe tagtäglich wiederholen, daß nur dann von einer friedlichen Lösung die Rede sein könne, wenn alle in der Conferenzen vertretenen europäischen Großmächte einstimmig sind, d. h. wehn auch ihr Lieblingsplan angenommen wird. Im andern Falle müßten die Waffen entscheiden. — Ja, die Waffen werden entscheiden, aber der Himmel weiß wie und wann. Was mich betrifft, so glaube ich, daß wir dem größten und blutigsten Kriege entgegen gehen, der jemals die Welt verwüstet hat. Möchte es wenigstens der letzte Krieg sein! Möchten endlich die Völker einsehen, daß sie auf keinen friedlichen Genuß der Früchte ihrer Arbeit rechnen können, so lange dynastische Interessen stehende Heere, und privilegierte Klassen dynastische Interessen aufrecht halten müssen! —

Berlin, 2. Juni.

In unsern Artikeln „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Demokratie“ haben wir einen beurtheilenden Blick auf die gegenwärtige

Lage geworfen; wir hatten vor, im weiteren Verlauf dieser Artikel der social-demokratischen Partei zu zeigen, in welcher Weise sie, in Gemäßheit ihrer Principien und ihres Strebens, jetzt mit positiver social-politischer Thätigkeit aufzutreten habe. Wir sind jedoch leider nicht in der Lage, jene Artikel fortzusetzen. Der Allg. deutsch. Arb.-Verein, welcher den Grundstock der social-demokratischen Arbeiterpartei Deutschlands bildet, befindet sich in diesem Augenblick in so traurigen Verhältnissen, hat so sehr seine Aufmerksamkeit von den großen social-politischen Verhältnissen hinweg seinen inneren Formfragen zugewandt, daß es lächerlich wäre, unter solchen Umständen von kräftigem social-politischem Auftreten sprechen zu wollen. Wir mögen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es bei Gelegenheit der am 17. d. muthmaßlich stattfindenden Generalversammlung gelingen werde, den Allg. deutsch. Arb.-Verein wieder aus einem Spiel- und Bankverein zu einem ernsthaften und geachteten social-politischen Verein zu machen, und behalten uns daher vor, zu jener Zeit die social-politische Frage in Anregung zu bringen. Daß wir in einer Zeit, wo vierzehn Tage mehr sind als sonst vierzehn Wochen oder Monate, auf weitere vierzehn Tage zu politischer Unthätigkeit verdammt sind, ist traurig, aber nicht unsere Schuld. Einstweilen kann es dem Allg. deutsch. Arb.-Verein nicht schaden, wenn er erkennt, daß er bis auf Weiteres (bis zu einer kräftigen Wiedergeburt) in social-politischer Beziehung unfähig ist, irgend etwas zu leisten. —

N u n d s c h a u.

Berlin, 2. Juni.

Sämmtliche Nachrichten geben übereinstimmend dahin, daß die Annahme der Einladungen zu den Conferenzen allseitig erfolgt ist. Der neueste Pariser „Abend-Moniteur“ spricht überdies die Vermuthung aus, daß die Minister des Auswärtigen der verschiedenen Mächte persönlich auf der Conferenzen erscheinen würden, und der „Indép.“ wird aus London geschrieben, daß diese Minister ihr Eintreffen bereits zugesagt hätten, während die „Patrie“ wissen will, daß der Zusammentritt der Conferenzen schon gegen Mitte nächster Woche zu erwarten sei. Große Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens durch diese Conferenzen wird man wohl kaum hegen dürfen. Der Bedenken auf den Erfolg derselben sind nicht wenige. Und wenn man schon das Zustandekommen der Conferenzen als ein Wunder betrachten kann, so muß das Auffinden geeigneter Mittel zur Beseitigung dieses europäischen Conflites als ein noch weit größeres Wunder angesehen werden. Anlangend die Haltung des Tuilerien-Kabinetts scheint es außer allem Zweifel zu sein, daß dasselbe mit gerechter Befriedigung auf die Verwirklichung des Projectes blickt und die Annahme seiner zu machenden Vorschläge mit aller Entschiedenheit durchzusetzen suchen wird. Der

„Indép.“ berichtet man in dieser Beziehung aus Paris:

Es ist nur zu wahrscheinlich, daß im Fall der Erfolglosigkeit des Congresses der Krieg sich unter einer ganz andern Physiognomie darstellen wird, und daß die Neutralität Frankreichs, da die französische Actionsfreiheit sich zu Gunsten einer der kriegführenden Mächte wird entscheiden müssen, nach dem Congress fast unmöglich ist. Daher dürfen wir uns keine Illusion machen; sobald der Congress scheitert, bricht der Krieg sofort auf der ganzen Linie aus, und wir werden sehen, daß Frankreich als eine der ersten Mächte sich an dem Kampfe betheiliget. Diese Thatsache kann von den Mächten, die an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert sind, nicht genug in Erwägung gezogen werden, und es würde für Oesterreich und Preußen am besten sein, die Discussion des Congresses gar nicht anzunehmen, wenn diese beiden Mächte nicht im Voraus die Nothwendigkeit eines Opfers ins Auge fassen, das allerdings durch neue Erwerbungen ersetzt werden mag, aber eines für die dynastische Eigenliebe doch mehr oder weniger empfindlichen Opfers bedarf. Nach den Briefen, welche aus Berlin hier ankommen, zeigt Graf Bismarck sich mit der Wendung der Angelegenheiten sehr wenig befriedigt und er soll den Congress nur in der Hoffnung angenommen haben, den Vorschlag der neutralen Mächte von Oesterreich verworfen zu sehen. Wie es scheint, liegt es jedoch dem König am Herzen, Europa diesen Beweis seiner Friedensliebe zu geben.

Von den Regierungen und politischen Factoren Deutschlands soll die preussische Regierung die Einladung ohne Vorbehalt beantwortet und nur den Wunsch ausgesprochen haben, daß sich die Verhandlungen nicht zu lange verzögern möchten; ebenso, wird aus Wien gemeldet, ist die Antwort Oesterreichs ohne Vorbehalt formulirt, aber das Wiener Cabinet soll dabei bleiben, daß es für die Conferenz kein im Voraus festgesetztes Programm zuläßt und nur unter dieser Voraussetzung in dieselbe eintritt. Die Wiener „N. Fr. Pr.“ bezeichnet übrigens folgendes als das österreichische Conferenzprogramm: „Kategorische Ablehnung jedes auf die Abtretung von Venedig bezüglichen Vorschlags; Lösung der Holsteiner Frage durch Berufung der Stände (nicht Volksbefragung mit allgemeinem Stimmrecht); Ablehnung jeder Competenz der Conferenz in Sachen der Bundesreform.“ — Der deutsche Bund hat in der gestrigen Bundestags-Sitzung über die Conferenzfrage berathen. Aus Frankfurt wird hierüber vom 1. v. M. telegraphirt:

Die Einladung zur Conferenz wurde mit dem Vorbehalte angenommen, daß den Fragen bezüglich Holsteins und der Bundesreform ihr rein deutscher Charakter bewahrt bleibe, soweit durch dieselben nicht internationale Beziehungen berührt werden, während ausgesprochen wurde, daß bei der italienischen Frage europäische sowie deutsche Interessen betheiliget seien. Freiherr von der Pfordten wurde fast einstimmig zum Bevollmächtigten des Bundes erwählt. Oesterreich erklärt, die Klüftungen gegen Preußen abstellen zu wollen, sobald weder ihm noch seinen Bundesgenossen ein Angriff drohe und es Sicherheit gegen eine Wiederkehr der Kriegsgefahr erlange. Die Achtung vor dem Bundesrechte und die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage nach Bundes- und Landesrecht sei für Oesterreich wie für Deutschland gleich wichtig; die Bemühungen, gemeinschaftlich mit Preußen eine solche Entscheidung herbeizuführen, seien vergeblich gewesen; Oesterreich lege daher diese Entscheidung in die Hände des Bundes und ermächtige den Statthalter, die Stände einzuberufen, um den Wünschen des Landes Ausdruck zu verschaffen. Die preussische Erklärung wies nochmals nachdrücklich auf den besondern Charakter der preussischen Klüftungen hin und fügte hinzu, Preußen werde auf den Friedensfuß zurückkehren, wenn der Bund die Regierungen Oesterreichs und Sachsens zur Abstellung ihrer den Frieden bedrohenden Klüftungen bewegen oder der königlichen Regierung Bürgschaften gegen die Wiederkehr derartiger Beeinträchtigungen des Bundesfriedens gewährt haben werde. Sollte das der Bund nicht zu thun im Stande sein, oder sollten die Bundesglieder der von Preußen empfohlenen Reform widerstreben, so müsse die preussische Regierung daraus folgern, daß der Bund in der gegenwärtigen Gestalt seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und ihren weiteren Entschlüssen diese rechtliche Ueberzeugung zu Grunde legen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen legte Preußen gegen die thatsächliche Darstellung der österreichischen Erklärung und in der derselben der preussischen Politik gemachten Unterstellungen Verwahrung ein. Preußen habe nie daran gedacht, seine Interessen in der schleswig-holsteinischen Frage mit Waffengewalt durchzuführen. Seine jetzigen Klüftungen entsprängen aus dem entsprechenden Vorgange Oesterreichs. —

Ferner wird unter'm Oestrigen von Frankfurt a. M. telegraphirt:

Die österreichische Erklärung in der holsteinischen Frage, welche dem holsteinischen Ausschusse überwiesen wurde, betrachtet man als Einleitung des politischen Cretationsverfahrens gegen Preußen.

Ueber die Bescheidung der Conferenz durch den deutschen Bund (richtiger durch das „dritte Deutschland“) im Zusammenhange mit dem preussischen Bundesreformprojecte äußert sich die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem Leitartikel, dessen Grundgedanke am schärfsten am Schluß des Artikels hervortritt, wo es heißt:

Aber selbst wenn man sich über diese Schwierigkeit*) hinwegsetzen wollte, so kann der Gesandte, weil in den politischen Anschauungen der von ihm repräsentirten Staaten sich verschiedene Strömungen geltend machen, doch immer nur die Majorität repräsentiren, während es gleichzeitig dem Grundgedanken des Bundes zuwiderläuft, die Minorität in Bundesreform-Angelegenheiten zu terrorisiren. In dem vorliegenden Falle wird aber die Sache noch schlimmer. Die Minorität wird nicht nur majorisirt, sondern sie hat nicht einmal ein Organ, ihre Rechte zu verteidigen und geltend zu machen. Sie wird einfach erstickt.

Die preussische Regierung hat nun zwar Bedenken nicht erhoben, offenbar, um nach keiner Seite hin auch nur den leisesten Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sie nicht aufrichtig den Zwecken zustimme, welche die Conferenz verfolgt.

Wir aber können nicht umhin, zu der Conclusion zu kommen, daß wir uns in diesen Vorgängen der Sprengung des Bundes viel näher gerückt sehen, und daß uns das einzige Mittel, dieselbe zu verhüten, in der schnelligsten Zusammenberufung der deutschen Volksvertretung zu liegen scheint.

Von der preussischen Regierung ist ein Rundschreiben an die neutralen großen Höfe gerichtet worden, in welchem die in Frankfurt gemachten Vorschläge zur Reform des deutschen Bundes mitgetheilt werden. Diese seien so gehalten, um eine Erörterung über dieselben auf der Conferenz nicht hervorgerufen, sie wären nicht der Art, daß das europäische Gleichgewicht berührt würde. Nichts liege dem König ferner, als durch die Reform von den anderen deutschen Souveränen größere Opfer zu verlangen, als er selbst bringen wolle. Deshalb bewegten sich die Reformvorschläge in so beengtem Rahmen.

Gegen des alten Rundschauers der „Kreuztg.“ Apotheosen von Olmütz („Olmütz, dieser Keim unserer Zukunft.“) legt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ abermals ein „conservativer“ Zeugniß ab, indem er dem verstorbenen Radowicz gegen den Rundschauer in's Feld schießt und die nachfolgende, im Jahre 1850 über Olmütz geschriebene Stelle aus J. v. Radowicz's „Neue Gespräche über Staat und Kirche“ citirt, die sehr mittheilenswerth ist. Dieselbe lautet:

Diese Stände wird gelüßt werden müssen durch einen Waffenkampf auf Leben und Tod. Eben was man hat um jeden Preis vermeiden wollen, was gerade in die jetzige klägliche Lage gelockt hat, das wird zehnfach hervortreten: der Krieg gegen Oesterreich, bis Ein Theil völlig am Boden liegt. Wird aber Preußen nicht gerade dann durch die unwiderstehliche Gewalt der Umstände hinhübergedrängt werden zu Verbindung mit dem revolutionären Geiste, den auch ich so bezeichne? Wird man dann, wenn es um Sein oder Nichtsein gilt, noch peinlich abwägen dürfen, wofür Geistes Kind die Verbündeten sind, die für Preußen und gegen Oesterreich eintreten? Wird man dann noch die Kräfte als feindselig von sich stoßen können, die den gerechlichen Ausbau der österreichischen Monarchie von einander sprengen und an den tremlosten Dynastien in Deutschland das Bergelter-Amt üben werden? Daß es je dahin komme, das war es, was wir hindern wollten, was auch die preussische Regierung zu wollen schien, indem sie sich an den bessern Geist der Nation wandte und Oesterreich gegenüber eine feste Selbstständigkeit behauptete. Beides ist im November zu Grunde gegangen, das ist mein Schmerz für die Gegenwart, das ist mein Grauen vor der Zukunft!

Die Prophezeiung ist eingetroffen. Es sieht schlimm aus heutzutage mit der Solidarität der conservativen Interessen.

*) Daß der „Bundestags-Gesandte“ nicht einmal die Mittel- und Kleinstaatengruppe vertreten könne, da diese kein völkerrechtlich anerkannter Körper sei.

Aus Paris wird den „Hamb. Nachr.“ telegraphirt:

Lamarmora wird hier in 7 bis 8 Tagen erwartet. Man versichert, daß die Eröffnung der Conferenzen am 8. oder 9. Juni stattfinden werde. Gerüchweise verlautet, der Kaiser werde an der ersten Sitzung der Conferenz theilnehmen.

Die preussische zustimmende Antwort auf die Einladung zum Congress ist die erste, welche in Paris eingegangen ist. Man betrachtet diesen Umstand dort als ein Anzeichen der friedlichen Absichten des Berliner Cabinets, welches sich in seiner Erwiderung auch bereit erklärt, abzurufen, sobald die militärische Bedrohung Preußens aufhöre. — Im Palais Royal (Prinz Napoleon) soll man über das Zustandekommen der Conferenz sehr erfreut sein, weil man davon keinen Frieden und demnächst eine Unterstüßung Italiens gegen Oesterreich erwartet. — Frankreich und England sollen die Absicht haben, den Conferenzmitgliedern beim Beginn der Verhandlungen den Vorschlag zu machen, die Sitzungsprotocolle zu veröffentlichen. — Die Nachricht der „Presse“, Prinz Napoleon solle demnächst in besonderer Mission nach Berlin gehen, wird von der „Köln. Ztg.“ als unbegründet bezeichnet.

In der Donaufürstenthümer-Angelegenheit wird aus Paris telegraphirt, der Prinz Karl zu Hohenzollern an den Sultan ein zweites Schreiben gerichtet und darin gesagt habe, es sei ihm augenblicklich nicht möglich, sofort nach Konstantinopel zu kommen, es solle aber nächstens geschehen. Die Pforte habe darauf verzichtet, in den Donaufürstenthümern mit Truppenmacht zu interveniren, und verlasse sich darauf, daß die conferirenden Mächte eine die Rechte des Sultans wahrende Combination ausfindig machen werden. Dagegen wird der Frankfurter „Europe“, gleichfalls von Paris, gemeldet, die Pforte bestehe in Depeschen an die Großmächte hartnäckig auf Besetzung der Donaufürstenthümer. Seitens der betreffenden Regierungen und namentlich Frankreichs soll an telegraphischem Wege erwidert worden sein, daß die beabsichtigte Occupation der Türkei verhängnißvoll werden könne. Man hofft nun, daß der Divan dem Plane, die Fürstenthümer militärisch zu besetzen, entsagen werde.

Aus Italien wird wiederholt berichtet, es habe zu Paris unaufgefordert die Erklärung abgegeben, daß seinerseits, so lange die Conferenz versammelt sei, kein Angriff auf Oesterreich zu besorgen stehe. — Es stellt sich immer mehr heraus, daß ein wirklicher Vertrag zwischen Preußen und Italien nicht zu Stande kam. Die Ministerien beider Staaten mögen einig sein, aber der König von Preußen weigert sich, wie es heißt, irgend ein Abkommen definitiv zu unterzeichnen. — Victor Emanuel muß entweder Venetien befreien oder sich in einen Kampf mit der Revolution stürzen. Das Armeekorps Cialdini's macht bereits eine Bewegung, da es dem eventuellen Kriegsschauplatz näher rückt. — Der „Liberté“ meldet ein Telegramm aus Florenz, das Ministerium habe eine Emittirung von Banknoten im Betrage von 250 Millionen Francs beschlossen.

In London wurde am 29. v. M. im Unterhause eine lange Discussion über die Reformbill gepflogen. Sir Grey erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung bereit sei, die Kammer entscheiden zu lassen, ob die Verhandlungen über die Reform noch weiter fortgesetzt, oder ob das ganze Reform-Projekt verworfen werden solle. Die weitere Debatte ward sodann vertagt. Die Conservativen haben darauf sofort ein Meeting beim Marquis von Salisbury abgehalten, um die zu besorgende Politik gegen die Reformbill festzustellen. Gegen zweihundert Unterhausmitglieder waren versammelt, und man einigte sich dahin, ein gegen die Bill gerichtetes Amendement des Capitains Hayter zu unterstützen. Das Interesse für die Reformbill ist übrigens augenblicklich in Großbritannien durch die Geldkrisis bedeutend abgeschwächt worden. Wie wir schon gemeldet*), hat abermals eine bedeutende Credit-Gesellschaft, die Consolidated bank, ihre Zahlungen eingestellt. Diese Bank besaß ein Grund-Capital von zwei Mill. Pfd. Sterling. Um aber diese Krisis auf dem Geldmarkte noch zu verschlim-